

Hamburger Familienunternehmer fordern mehr Mitsprache in Europa

Podiumsdiskussion mit Hamburger Landesparteivorsitzenden am 12. Mai 2009

„Welches Europa für Hamburg und seine Familienunternehmer?“ war die Frage, um die sich an diesem Abend in den Räumen der Deutschen Bank alles drehte. Etwa 50 Unternehmer waren neugierig auf die Antworten der politischen Gäste.

Auf dem Podium waren vertreten: Gesine Dräger, stv. Vorsitzende des Arbeitskreises Selbständige der SPD, Katharina Fegebank, Vorsitzende Bündnis90/Die Grünen, Rolf Salo, Vorsitzender der FDP sowie Birgit Schnieber-Jastram, stv. Vorsitzende der CDU und Kandidatin für das Europaparlament.

Moderator Michael Moritz, Mitglied des Vorstands des Verbandes „Die Familienunternehmer – ASU“, stellte zunächst fest, dass die Familienunternehmer große Freunde der europäischen Idee seien. Der gemeinsame Wirtschaftsraum trage großen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte. Allerdings stelle sich nun die Frage, wohin sich die EU entwickelt, was sie leisten kann und wie viel EU Sinn hat.

„Wie viel Einheit in Europa?“

Einig waren sich alle in dem Punkt, dass es in der EU ein Demokratiedefizit gibt und dass die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt und politische Entscheidungen transparenter werden sollten. Das Regieren per Verordnungen könne nicht im Sinn der Bürger sein, so Moritz.

Unterschiede wurden dann aber in der Frage deutlich, in welchen Bereichen eine europaweite Harmonisierung der Gesetze notwendig bzw. sinnvoll sei. Salo vertrat die Meinung, dass die Nationalstaaten nicht weitere Handlungsspielräume, beispielsweise in der sozialen Sicherung, aufgeben sollten und der Grundsatz der Subsidiarität wieder mehr Beachtung finden müsse. Fegebank und Dräger hielten eine Harmonisierung von Mindeststandards in der Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik für notwendig, wobei Dräger betonte, dass Mindestlöhne sich am jeweiligen nationalen Niveau orientieren müssen. Zur Frage der geografischen Grenzen der EU brachte es Schnieber-Jastram auf den Punkt. Niemand könne sagen, wo genau diese Grenze verlaufe. Es gebe klare Richtlinien für einen Beitritt zur EU, die zu erfüllen seien. Die Länder, die sich im Beitrittsverfahren befänden, sollten auch nur nach diesen Maßstäben behandelt werden.

Der Moderator, selbst gebürtiger Luxemburger, stellte bezüglich der rhetorischen Mittel des SPD Vorsitzenden Franz Müntefering im Zusammenhang mit Steuerstreitigkeiten („Früher hätten wir dort Soldaten hingeschickt...“) die Frage, ob ein derartiger Politikstil unter europäischen Nachbarn tragbar sei. In vielen Ländern hatte diese Aussage hohe Wellen geschlagen. Dräger zeigte sich überrascht und wollte dies in keiner Weise unterstützen, wollte dem aber, da sie den Vorgang nicht kenne, mit Vorsicht begegnen.

„Wie die Krise überwinden?“

Eine Frage, die an diesem Abend nicht fehlen durfte, war: „Was plant Ihre Partei, um die Familienunternehmen in der Krise zu unterstützen?“

Schnieber-Jastram stellte den Zugang zu Finanzierungsmitteln für Unternehmen sowie Maßnahmen zur Belebung der Beschäftigung in den Mittelpunkt. Außerdem müsse trotz Krise und knapper Kassen jetzt in Bildung investiert werden. Die Grünen wollen mit Ihrem „Green New Deal“ eine ökologische Marktwirtschaft initiieren. Dazu gehöre, so Fegebank, vor allem die Förderung von Gründern und bestehenden Unternehmen in Zukunftsfeldern, nicht nur im Umweltbereich, sondern auch in sozialen Feldern sowie in der Bildung. Dräger betonte, dass gerade im europäischen Kontext gleiche Bedingungen für die jeweils am selben Ort tätigen Unternehmen geschaffen werden müssten, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Ein Sparen am Sozialwesen sei in dieser Phase nicht richtig, denn ein stabiles Sozialwesen sei die Basis für ein stabiles wirtschaftliches Umfeld, auf das Unternehmer angewiesen seien.

Salo stellte heraus, dass seiner Ansicht die Krise nur mit den Werten, die die Familienunternehmer verkörpern, überwunden werden kann. Deshalb müssten vor allem optimale Rahmenbedingungen für gutes Wirtschaften hergestellt werden. Finanzielle Subventionen seien fehl am Platz.

„Gehen Sie wählen!“

Michael Moritz schloss die lebhafte Diskussion, an der sich das Publikum rege beteiligte, mit dem Appell, sich gerade als Unternehmer in die Politik einzumischen und aktiv von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Die Veranstaltung fand im Rahmen der „Europäischen Woche der Familienunternehmer“ statt, mit der „Die Familienunternehmer – ASU“ die Initiative einer europaweiten KMU Woche der Europäischen Kommission aufgreifen. Ziel der Aktionen ist es, in Politik und Öffentlichkeit für mehr Mut zum Unternehmertum und zur Marktwirtschaft zu werben und auf die Anliegen der Familienunternehmen hinzuweisen.